

Jannsen, Nils

Article

Zur Lage der öffentlichen Finanzen in den Vereinigten Staaten

IfW-Box, No. 2011.12

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic
Challenges

Suggested Citation: Jannsen, Nils (2011) : Zur Lage der öffentlichen Finanzen in den
Vereinigten Staaten, IfW-Box, No. 2011.12, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/201031>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your
personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial
purposes, to exhibit the documents publicly, to make them
publicly available on the internet, or to distribute or otherwise
use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open
Content Licence (especially Creative Commons Licences), you
may exercise further usage rights as specified in the indicated
licence.*

Zur Lage der öffentlichen Finanzen in den Vereinigten Staaten

Nils Jannsen

Mit Ende des laufenden Fiskaljahres wird die Verschuldung des Bundes in den Vereinigten Staaten wohl auf rund 70 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen. Vor Beginn der Immobilien- und Finanzkrise hatte die Schuldenquote noch bei etwa 40 Prozent gelegen. Rechnet man die Verschuldung der Bundesstaaten und Kommunen hinzu, nähert sich die Schuldenquote sogar der 90-Prozent-Marke.^a

Bei einem Budgetdefizit von derzeit rund 10 Prozent erscheint es dringend erforderlich, die Konsolidierung des Haushalts einzuleiten. In der Tat sehen die langfristigen Haushaltsplanungen vor, das Defizit mittelfristig deutlich zurückzufahren. Allein in den kommenden beiden Jahren soll es auf weniger als 5 Prozent reduziert werden. Die Finanzpolitik wird in diesem Zeitraum somit die Konjunktur voraussichtlich spürbar dämpfen, vor allem weil zur Stimulierung der Konjunktur beschlossene Ausgabenprogramme und befristete Abgabensenkungen auslaufen. Allerdings verbleibt diesen Planungen zufolge längerfristig ein strukturelles Defizit von rund 3 Prozent. Der Primärsaldo, also das Budgetdefizit ohne Berücksichtigung der Zinsen auf die öffentlichen Schulden, wird den Planungen zufolge zwar positiv werden. Der nachhaltige Primärüberschuss, der nötig wäre, um die Schuldenquote zumindest konstant zu halten, wird aber wohl nicht erzielt werden, selbst wenn sich die zugrunde liegenden recht optimistischen Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung als zutreffend erweisen sollten (Boysen-Hogrefe et al. 2011: 22). Gemäß den derzeitigen Planungen wird die Schuldenquote der Vereinigten Staaten also vorerst weiter steigen. Die Finanzpolitik genügt somit nicht den Ansprüchen einer nachhaltigen Haushaltsführung.^b

Vor diesem Hintergrund droht der amerikanische Staat als Schuldner an den Finanzmärkten zunehmend an Vertrauen zu verlieren. So hat die Anlagegesellschaft Pimco angekündigt, zum derzeitigen Zinsniveau keine amerikanischen Staatsanleihen mehr in sein Portfolio aufzunehmen. Zudem haben die Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's damit gedroht, amerikanischen Staatsanleihen das Gütesiegel der höchsten Bonität abzusprechen. Inzwischen hat Präsident Obama bei dem jüngsten G8-Gipfel in Deauville ein neues Programm zur Haushaltskonsolidierung angekündigt. Die Möglichkeiten zur Konsolidierung sind vorhanden. So besteht sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmeseite erheblicher Spielraum, um die Budgetposition zu verbessern. Vorschläge dafür wurden von einer überparteilichen Kommission unterbreitet (National Commission on Fiscal Responsibility and Reform 2010). Allerdings verhinderte die Uneinigkeit der beiden großen Parteien bisher die Umsetzung dieser Vorschläge.

Derzeit steht die Schuldenobergrenze im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Finanzminister Geithner hat erklärt, dass die Schuldengrenze Anfang August erreicht würde. Mit dem Erreichen dieser Grenze dürfen die laufenden Ausgaben nicht mehr durch die Aufnahme von zusätzlichen Schulden finanziert werden. Für die Anhebung der Grenze, die derzeit bei 14,3 Bill. Dollar (rund 95 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2010) für die Verschuldung des Bundes einschließlich der innerstaatlichen Verschuldung liegt, benötigt die Regierung die Zustimmung der Opposition. Es hat in den Vereinigten Staaten schon mehrmals den Fall gegeben, dass eine Regierung vorübergehend keine zusätzlichen Kredite mehr aufnehmen durfte und somit lediglich Ausgaben aus den laufenden Einnahmen tätigen konnte, da die Schuldenobergrenze erreicht wurde. So weigerte sich die Opposition in den Jahren 1995 und 1996 ein halbes Jahr lang, einer Erhöhung der Schuldenobergrenze zuzustimmen. In der Folge kam es in diesem Zeitraum zweimal zu einem sogenannten „government shutdown“, während dessen der Staat vor allem darum bemüht ist, zumindest die grundlegenden Dienstleistungen aufrecht zu erhalten. Nennenswerte negative Folgen für die Konjunktur gab es damals nicht. Jedoch dürfte ein solcher „government shutdown“ derzeit mit zunehmender Dauer wohl ungleich schwerwiegendere Konsequenzen haben. So befindet sich die Volkswirtschaft diesmal in einer wesentlich schlechteren Verfassung als damals. Hinzu kommt, dass das Budgetdefizit derzeit wesentlich höher ist. Zudem könnte es zu starken Turbulenzen an den Finanzmärkten kommen und dadurch wohl auch weltweit zu negativen Auswirkungen.

Es steht außer Frage, dass sich die Regierung und die Opposition darauf einigen die Schuldenobergrenze zu erhöhen, da eine abrupte Konsolidierung des Haushalts ausgeschlossen scheint. Die Parteien dürften es scheuen, für die negativen Folgen verantwortlich gemacht zu werden, zumal sich die Auswirkungen beispielweise durch das Ausbleiben von Rentenzahlungen oder von Zahlungen von Löhnen und Gehältern für Staatsbedienstete unmittelbar bei der Bevölkerung bemerkbar machen würden. Für unsere

Prognose nehmen wir an, dass die Einigung mit einer Einigung mit einer moderaten Ausgabenkürzung verbunden wird. Ob die derzeit laufenden Verhandlungen dazu genutzt werden, um eine überparteiliche unterstützte langfristige Konsolidierungsstrategie zu entwerfen, ist dagegen fraglich.

^aDie innerstaatliche Verschuldung des Bundes, denen Forderungen der sozialen Sicherungssysteme gegenüber stehen, ist bei diesen Angaben nicht berücksichtigt. Sie beläuft sich auf rund 30 Prozent in Relation des Bruttoinlandsprodukts. — ^bFür eine Bewertung der derzeitigen Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten siehe auch Jannsen (2011).

Literatur

Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, N. Jannsen, B. van Roye und J. Scheide (2011). Weltkonjunktur bleibt vorerst kräftig. Weltkonjunktur im Frühjahr 2011. Kieler Diskussionsbeiträge 488/489. IfW, Kiel.

Jannsen, N. (2011). Zweifel an US-Bonität – Ein Warnschuss zur rechten Zeit! *Wirtschaftsdienst* 91 (5): 290–291.